

„Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel“ - Nürnberg, 13.11.2010

## Redebeitrag von attac Nürnberg auf der Auftrittkundgebung am Prinzregentenufer

– vorgetragen von Stefan Stroheker –

Liebe Freundinnen und Freunde,

am vergangenen Dienstag wurde vom Informationsportal „Börse Online“ die folgende Meldung veröffentlicht: *„Sie waren lange Zeit als Heuschrecken verschrien (...). Nun feiern Hedge-Fonds ein Comeback: (...) Branchenkenner erwarten, dass das von Hedge-Fonds verwaltete Vermögen 2011 einen neuen Höchststand erreichen und das Volumen vor Ausbruch der Finanzkrise übertreffen wird.“* Das Casino ist also längst wieder eröffnet, so als sei überhaupt nichts geschehen. Von einer durchgreifenden Regulierung der Finanzmärkte wurde nur geredet. Gigantische Milliardensummen wurden zur Rettung der Banken aufgewendet, der Staat hat sich dafür weiter verschuldet. Die Zeche sollen wir alle zahlen, während die Verursacher der Finanzkrise, die Großbanken, Finanzinvestoren, Private Equity- und Hedgefonds verschont werden. Durch einen Kahlschlag bei den sozialen Leistungen sollen jetzt die Lücken im Staatshaushalt gestopft werden.

Diese Politik ist nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch unsinnig. Wer die Reichen und Superreichen begünstigt, steuert in den nächsten Crash. Denn während wir uns einschränken müssen und dadurch zwangsläufig weniger konsumieren können, stecken die Besitzer großer Vermögen ihr Geld schon wieder in „kreative Finanzanlagen“ und produzieren damit neue Blasen.

Die Alternativen zu dieser Politik liegen auf dem Tisch. Wir sagen: Umverteilen statt Kürzen. Mit einer Abschöpfung der großen Vermögen u.a. durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer und der Körperschaftssteuer sowie wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung könnte der Staat seine jährlichen Einnahmen um mehr als 75 Milliarden Euro steigern.

Seit 1998 fordert attac die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die gezielt die kurzfristige Spekulation an den Finanzmärkten belasten würde und 20 Milliarden Euro Steueraufkommen im Jahr einbringen könnte. Inzwischen ist diese Forderung so populär, dass sie verbal selbst von der Bundesregierung übernommen wurde. Wir sagen an die Adresse unseres Finanzministers: „Herr Schäuble, reden Sie nicht, sondern sorgen Sie dafür, dass die Finanztransaktionssteuer jetzt eingeführt wird.“

Immer mehr Menschen gehen zur Zeit in Deutschland auf die Strasse, im Wendland, in Stuttgart, und heute hier in Nürnberg. Auf den ersten Blick geht es dabei um ganz verschiedene Themen. Wenn man aber genauer hinschaut, gibt es es einen tieferen Zusammenhang. Die Kernfrage um die es geht – ob beim Atomausstieg, bei „Stuttgart 21“ oder bei der Verteidigung des Sozialstaats – ist doch die folgende: Wer bestimmt die Richtlinien der Politik? Sind es die Finanzmärkte, Banken und Konzerne und ihre Lobbyisten – oder geht es nach den Interessen und dem Willen der großen Mehrheit der Menschen? Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung höhlt die Demokratie aus. Und wir, das Volk, gehen auch auf die Straße, um uns unsere demokratischen Entscheidungsrechte wieder zurückzuholen.

Wir glauben ihnen nicht, dass für die Kinder von Hartz IV-Empfängern kein Geld mehr da sein soll, weil die Bonus-Zahlungen für die Banker bei HRE, Commerzbank etc. unantastbar sind.

Wir haben angefangen, uns einzumischen und zu wehren. Wir sind viele. Und wir stehen solidarisch zusammen, über die Grenzen von Weltanschauungen, politischen Orientierungen und Organisationen hinweg.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass die heutige Kundgebung kein Endpunkt, sondern der Anfang einer Bewegung wird, die einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit in unserem Land und darüber hinaus durchsetzen kann.

[www.attac-nuernberg-fuerth.de](http://www.attac-nuernberg-fuerth.de)

E-mail: [attac-nuernberg@web.de](mailto:attac-nuernberg@web.de)

attac Nürnberg, c/o Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg